

17. Wahlperiode

---

## **Antrag**

der Piratenfraktion

### **Rechtsberatung und -vertretung für Abschiebungshäftlinge verbessern**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, die Situation der Inhaftierten im polizeilichen Abschiebungsgewahrsam zu verbessern. Insbesondere sind die Rechtsberatung und -vertretung für Abschiebungshäftlinge zu verbessern, indem durch eine länderfinanzierte Rechtsberatung ein gleichwertiger Anspruch auf rechtlichen Beistand wie bei Untersuchungshäftlingen geschaffen wird.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. August 2013 zu berichten.

---

### ***Begründung:***

Jährlich werden allein in Berlin mehrere hundert Menschen in Abschiebungshaft genommen. Die Abschiebungshaft kann bis zu 18 Monate dauern. Dennoch haben die meisten Abschiebungshäftlinge keinen Rechtsbeistand. Ohne rechtlichen Beistand sind sie aber nur schwer in der Lage, Haftanträge und gerichtliche Entscheidungen nachzuvollziehen und ihre Rechte geltend zu machen. Überdies können sie keine Rechtsmittel in höheren Instanzen einlegen, da dort Anwaltszwang herrscht. Dabei ist gemäß Artikel 13 Absatz 3 EU-Rückführungsrichtlinie die erforderliche Rechtsberatung und -vertretung für Abschiebungshäftlinge sicherzustellen. Das derzeitige deutsche Modell mit Beratungs- und Prozesskostenhilfe genügt diesen Anforderungen jedoch nicht und stellt keine adäquate Umsetzung der Rückführungsrichtlinie dar, da beispielsweise die Prozesskostenhilfe nur bei überwiegenden Erfolgsaussichten gewährt wird. Zudem ist dieses Verfahren sehr zeitaufwendig. Dies hat zur Folge, dass Anwält\_innen bereits umfangreich tätig werden müssen, bevor ihre Bezahlung geklärt ist. Dieses vom Er-

**Reinhardt                      Lauer**  
**und die übrigen Mitglieder der**  
**Piratenfraktion**